Wolfgang Klein

Einleitung

»[...] la majestueuse égalité des lois, qui interdit au riche comme au pauvre de coucher sous les ponts, de mendier dans les rues et de voler du pain.«

Anatole France

Die Rechtsfindung ist schwierig, ein jeder weiß es. Sie wird von zahlreichen Faktoren unterschiedlicher Natur und wechselnden Gewichts bestimmt – dem Wunsch des Richters, seinen übervollen Schreibtisch leer zu bekommen, dem rhetorischen Geschick des Anwalts, der Ansehen von Gutachtern, der Sorgfalt von Ermittlern, dem Aussehen und Auftreten von Kläger und Beklagtem, dem Prinzip ›Wo kommen wir denn da hin!‹, endlich dem Wortlaut von Gesetzen, Verträgen oder sonstigen Rechtstexten, die für den Fall als einschlägig angesehen werden. Welche Bedeutung diesem letzten Faktor zukommt, ist durchaus umstritten; der Jurist veranschlagt ihn in der Regel niedriger als der juristische Laie. Der gemeine Verstand wiegt sich ja in der Vorstellung, das, was im Gesetz steht, müsse auch befolgt, und das, was im Vertrag steht, müsse eingehalten werden. Das ist aber nur möglich, wenn man das, was im Gesetz oder im Vertrag steht, verstehen kann. So scheint es vernünftig, an Rechtstexte das Erfordernis zu stellen, daß sie *verständlich* seien. Dem Laien ist daher sehr befremdlich, wenn die Leute von der Zunft über solche Vorstellungen oft nur milde lächeln, sie für gut gemeint, aber letztlich abwegig oder gar schädlich halten, wenn es um die Wahrung und Wiederherstellung des Rechtsfriedens geht. Freilich sind die Meinungen der Juristen hier, wie in manch andere Frage auch, nicht ganz einheitlich. So gilt immerhin bei uns, wie in der gesamten europäischen Gemeinschaft, das sogenannte ›Transparenzgebot‹, so wie es in der EG-Richtlinie 93/13/EWG über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen zum Ausdruck gebracht ist:

Art. 5 [Verständlichkeit] Sind alle dem Verbraucher in Verträgen unterbreiteten Klauseln oder einige dieser Klauseln schriftlich niedergelegt, so müssen sie stets klar und verständlich abgefaßt sein.

Allerdings gilt dieses Gebot nur für eine bestimmte Art von Rechtstexten, eben solche, die sich unmittelbar an den Verbraucher wenden, und selbst für diese ist unter Juristen sehr umstritten, wie das Transparenzgebot zu verstehen ist und welches Gewicht ihm in der Rechtsfindung zukommen sollte.

All diese Unterschiede in der Einschätzung des Gewichts, das der sprachlichen Formulierung des Rechtstextes und seiner Verständlichkeit zukom-

men, sind jedoch gradueller Natur. Kein Mensch zweifelt daran, daß Rechtstexte verstehbar sein müssen; strittig ist allenfalls, wie leicht und für wen. Manche, darunter wahrscheinlich die meisten praktizierenden Juristen, sind zwar der Meinung, daß der Laie das Gesetz nicht zu verstehen braucht; aber nur wenige Juristen vertreten offen die Ansicht, daß auch der Jurist das Gesetz nicht zu verstehen braucht. Ebenso zweifelt niemand daran, daß dem, was in Worten niedergelegt ist, in der Praxis wie in der Theorie des Rechts ein gewisses Maß an Bedeutung zukommt; strittig ist allenfalls, wie groß dieses Maß ist und wie der ›Wortlaut‹ mit anderen Faktoren, die in die Rechtsfindung eingehen, zusammenwirkt. Deshalb ist es wichtig zu klären, wie Rechte und Pflichten sprachlich gefaßt werden können und wie das so in Worte Gekleidete gedeutet werden kann. Damit befassen sich die Beiträge dieses Hefts, das an das vorausgegangenen Heft 118 ›Sprache des Rechts‹ anschließt. Sie gehen auf eine Arbeitstagung zurück, die die Arbeitsgruppe ›Sprache des Rechts‹ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften im letzten Jahr veranstaltet hat.

Günther Grewendorf setzt sich in seinem Beitrag mit dem aus juristischer Perspektive eigentlich widersinnigen Verhalten von Umweltschützern auseinander, die gegen ›Patente auf Leben‹ auf die Barrikaden gehen – und damit inzwischen auch Erfolg haben. Ein Patent legitimiert ja nicht das, was patentiert wird, sondern verbietet es allen bis auf einen, nämlich den Patentinhaber; ob dieser es anwenden kann, ist eine ganz andere Frage, über die das Patent nichts sagt. Grewendorf zeigt, daß es sehr wohl eine solche Legitimationswirkung gibt, sofern man unterstellt, daß auch in der Rechtskommunikation die Griceschen Maximen gelten, die zumindest nach Ansicht der Linguisten jeglicher Kommunikation zugrundeliegen. In dem Aufsatz von *Rainer Dietrich* und *Carolin Schmidt* geht es um die Verständlichkeit von Verbrauchertexten, genauer gesagt, von Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) in der Haftpflichtversicherung. In den gängigen Modellen der Psycholinguistik gilt die Art, wie die Information angeordnet wird – die ›Linearisierung‹ – als zentraler Faktor in Sprachproduktion und Sprachverstehen; Dietrich und Schmidt haben untersucht, wie juristische Laien die wesentlichen Informationen der derzeit geltenden AVB linearisieren; anders. *Oskar Pfeiffer*, Mitverfasser der bislang systematischsten Studie der Verständlichkeit von Rechtstexten, geht der Frage nach, wie in österreichischen Gesetzen der Grad der Verpflichtung durch Modalverben und konkurrierende Konstruktionen ausgedrückt wird; er zeigt beispielsweise, daß das Modalverb wie *sollen*, das nach den ›Legistischen Richtlinien des Landes Niederösterreich‹ eine *lex imperfecta* erzeugt und daher für Rechtsvorschriften ungeeignet ist, auch in den neuesten Gesetzen dieses Landes fleißig verwendet wird.

Normative und deskriptive Texte müssen sich allerdings nicht unbedingt in der Form unterscheiden. Der Satz ›Eine Zensur findet nicht statt.‹ hat die Form einer Behauptung; aber er stellt natürlich eine Norm auf: er drückt nicht ein Sein, sondern ein Sollen aus. In dem Beitrag von *Hans-Peter Schwin-*

towski geht es darum, ob Sätze mit normativer und nichtnormativer Bedeutung vom Gehirn unterschiedlich verarbeitet werden. Dies ist in der Tat so. In einer Studie mit bildgebenden Verfahren hat sich gezeigt, dass bei ›moralischen‹ Sätzen und bei rein deskriptiven Sätzen teilweise unterschiedliche Areale des Gehirns aktiviert sind.

Die beiden Aufsätze von *Ursula Christmann* und von *Christian Schenderra* gelten methodischen Problemen der Verstehens- und Verständlichkeitsforschung. Christmann gibt einen systematischen Überblick über die verschiedenen Methoden, die in der Psychologie zu diesem Zweck entwickelt worden sind, und diskutiert ihre Vor- und Nachteile. Schenderra geht speziell auf einige Probleme ein, die sich bei der sprachlichen Optimierung von Rechtstexten stellen.